Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Pf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Herzog-Max-Straße Nr. 4.

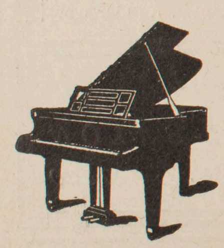
Inhalt:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Pfennig / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdischen Echos“, München, Herzog-Max-Straße 4 / Tel. 53099 Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 6 | **München, 11. Februar 1927** | **14. Jahrgang**

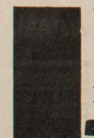
1927 Wochenkalender 5687

	Februar	Adar I	Bemerkungen
Sonntag	13	11	
Montag	14	12	
Dienstag	15	13	
Mittwoch	16	14	
Donnerstag	17	15	שישן פורים קטן
Freitag	18	16	
Samstag	19	17	כי תשא









Das Jüdische Echo

Nummer 6 — 11. Februar — 14. Jahrgang

Redaktionsschluß für die nächste Nummer: Dienstag abend

Das neue Jewish-Agency-Abkommen

Die JTA. veröffentlicht nunmehr den genauen Text der von Weizmann und Louis Marshall am 17. Januar unterzeichneten Vereinbarungen. Das Abkommen, das von Weizmann in einer großen Versammlung am 17. Januar in Neuyork bekanntgegeben wurde, lautet:

Die neuerlichen Verhandlungen zwischen der Zionistischen Organisation und den Repräsentanten der „Unparteiischen Konferenz zur Erörterung der Palästina-Probleme" betreffend die Bildung der Jewish Agency für Palästina haben jetzt ein Stadium erreicht, in welchem es notwendig erscheint, die Ergebnisse aller gepflogenen Unterhandlungen der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Es soll zunächst daran erinnert werden, daß die am 17. Februar 1924 im Hotel Astor zu Neuyork abgehaltene „Unparteiische Konferenz zur Erörterung der Palästina-Probleme" die folgenden Entschlüsse angenommen hat:

In Anbetracht dessen, daß das Palästina-Mandat des Völkerbundes in Artikel 4 bestimmt, daß die Zionistische Organisation bei der Durchführung der Bestimmungen des Mandats die Mitwirkung aller Juden erstreben soll; in Anbetracht ferner, daß die Zionistische Organisation vorgeschlagen hat, daß Nichtzionisten in die Jewish Agency eintreten — wird beschlossen, daß der Vorsitzende ein aus sieben Personen bestehendes Komitee ernennen solle, mit der Vollmacht, sich durch andere Personen zu ergänzen; das Komitee hat die Aufgabe, die Frage der Jewish Agency zu studieren und einen Plan auszuarbeiten, laut welchem die amerikanischen Juden der Jewish Agency beitreten. Dieses Komitee hat die Vollmacht, mit der Zionistischen Organisation und mit anderen Körperschaften zu verhandeln und einen die Erreichung des Zieles ermöglichenden Plan auszustellen. Es wird ferner beschlossen, daß dieses Komitee in einer zweiten Sitzung dieser Konferenz oder auf entsprechendem anderen Wege über die Ergebnisse Bericht erstattet.

In der am 1. März 1925 abgehaltenen zweiten Konferenz, die den Bericht des von der ersten Konferenz (Februar 1924) ernannten Komitees entgegennehmen sollte, wurden die folgenden Entschlüsse gefaßt:

In Anbetracht des Artikels 132 des Friedensvertrages, unterzeichnet in Sevres am 10. August 1920, laut welchem die Türkei auf alle ihre Rechte in Palästina zugunsten der alliierten Mächte verzichtet, sowie in Übereinstimmung mit Artikel 95 des Vertrages, wonach England als Mandatsmacht die Verwaltung Palästinas anvertraut wurde, mit der Verpflichtung, die Balfour-Deklaration gemäß der im Vertrag anerkannten historischen Verbindung zwischen dem jüdischen Volke und Palästina zu verwirklichen; in Anbetracht ferner, daß gemäß Artikel 4 des Palästina-Mandats die Anerkennung einer Jewish Agency als öffentliche Körperschaft vorgesehen ist, deren Aufgabe es ist, mit der Palästina-Administration zusammenzuarbeiten, um solche ökonomischen, sozialen, nationalen und andere Bedingungen zu schaffen, die die Gründung eines jüdischen nationalen Heims in Palästina fördern sollen; im ferneren Betracht, daß die Zionistische Organisation als Jewish Agency anerkannt worden ist mit der Direktive, im Einvernehmen mit der Mandatsregierung ein Zusammenwirken aller Juden, die an dem Aufbau des jüdischen nationalen Heims mitzuwirken bereit sind, herbeizuführen; in Anbetracht weiter, daß die Zionistische Organisation in Übereinstimmung mit Artikel 4 des Mandats die Bildung einer erweiterten Agency vorgeschlagen hat, in der den Nichtzionisten eine entsprechende Vertretung zugesichert wird in der Weise, daß sie an den Privilegien und Verpflichtungen der Jewish Agency teilhaben; sowie im Hinblick darauf, daß auf einer am 17. Januar 1924 in Neuyork abgehaltenen Konferenz amerikanischer Juden beschlossen worden ist, einen Plan der Teilnahme der amerikanischen Judenheit an der Agency aufzustellen und ein Komitee zu ernennen, welches die Verhandlungen mit der Zionistischen Organisation führen soll, — inzwischen haben auch die jüdischen Gemeinden Europas Schritte zur Erreichung dieses Zieles unternommen —; in Anbetracht endlich, daß die Unparteiische Konferenz wieder zusammengetreten ist und den Bericht ihres Komitees entgegennahm und erörterte, — wird beschlossen:

Erstens: Der Bericht des Komitees und seine Vorschläge werden im Prinzip angenommen;

Zweitens: Zwecks Durchführung des im Bericht vorgesehenen Planes ernennt die Konferenz ein aus zwölf Personen bestehendes Organisationskomitee, dessen Mitglieder der Zionistischen Organisation nicht angehören, die aber mit der Zionistischen Organisation zusammenzuarbeiten bereit sind, zu dem Ziele, die volle Beteiligung der amerikanischen Judenheit an der Jewish Agency herbeizuführen. Das Komitee wird instruiert, seine Arbeit nach folgenden Gesichtspunkten zu führen: a) Es wird eine Jewish Agency in Übereinstimmung mit dem Mandat geschaffen, die aus einem Rat und einer Exekutive besteht, in der Weise, daß in beiden Körperschaften Vertreter von Nichtzionisten und verantwortlichen jüdischen Organisationen Amerikas nach dem folgenden Verhältnis vertreten sein sollen: b) 50 Prozent der Mitglieder des Agency-Rates werden durch die Zionistische Weltorganisation und 50 Prozent der Mitglieder durch nichtzionistische Körperschaften, die an der Jewish Agency im Geiste des Mandats mitzuwirken bereit sind, ernannt. c) Von den nichtzionistischen Mitgliedern des Agency-Rates sollen 40 Prozent das amerikanische Judentum vertreten, wobei jene Ameri-

kaner, die von der Zionistischen Organisation erwählt werden, nicht eingerechnet sind. d) 50 Prozent der Mitglieder der Agency-Exekutive, die die Geschäfte der Jewish Agency zu führen haben wird, sollen durch die Zionistische Weltorganisation und 50 Prozent vom Rat der nichtzionistischen Körperschaften, die die Verantwortung in der Jewish Agency mittragen, gewählt werden. e) Die Mitglieder des Rates und der Exekutive der Agency haben das Recht, sich bei der Abstimmung durch eine andere Person vertreten zu lassen.

Drittens: Sobald die Mehrheit der erwählten Mitglieder des Agency-Rates, die die nichtzionistischen Körperschaften repräsentieren, erklärt haben, die Wahl anzunehmen, soll eine Konferenz der amerikanischen Mitglieder des Agency-Rates abgehalten werden.

Viertens: Diese Konferenz soll darüber beraten, ob es wünschenswert sei, den Keren Hajessod zu einem Instrument der Jewish Agency zu machen im Hinblick auf jene finanziellen Angelegenheiten, die der Jurisdiktion der Agency unterstehen, ferner in Bezug auf die Zusammenfassung der verschiedenen öffentlichen Arbeiten, die sich von den anderen ökonomischen Unternehmungen des Aufbaus Palästinas unterscheiden.

Aus hier nicht näher zu erörternden Ursachen wurden die in den Resolutionen enthaltenen Pläne bisher nicht durchgeführt, hauptsächlich deshalb, weil man es als notwendig ansah, zunächst genaue Informationen über die mit der Agency zusammenhängenden Tatsachen und Probleme einzuholen, n i c h t aber deshalb, weil man etwa an der Wichtigkeit der Agency-Bildung gezweifelt hätte.

Im Verlauf der letzten zwei Monate wurde eine Reihe Konferenzen abgehalten, in denen über eine wirksame Methode für die Übernahme der Arbeit beraten wurde. Nach einer sehr sachlichen und vorsichtigen Diskussion erklärten sich a l l e Teilnehmer der Konferenz im Prinzip damit einverstanden, daß es wünschenswert und angemessen sei, die Jewish Agency gemäß den Bestimmungen des am 24. Juli 1922 vom Völkerbund beschlossenen Palästina-Mandats und gemäß den Richtlinien der vom Zionistenkongreß, der im August 1925 in Wien getagt hat, angenommenen Resolutionen zu organisieren.

Zwecks Aufstellung eines umfassenden Programms für die Jewish Agency erachtete man es als notwendig, zunächst eine Kommission zu ernennen, die die Lage in Palästina gründlich zu untersuchen hätte. Dieses Studium von Fachleuten soll die agrikulturellen, industriellen, kommerziellen und anderen ökonomischen Möglichkeiten Palästinas und der benachbarten Territorien umfassen, damit man einen klaren und umfassenden Begriff der jüdischen Anstrengungen und Erfolge in Palästina erhält. Diese Kommission hätte zu untersuchen, bis zu welchem Grade es praktisch sei, verfügbare Landgebiete zu erwerben, ferner hätte sie die verschiedentlichen Aussichten für eine jüdische Immigration und Kolonisation und die allgemeine Entwicklung des Landes zu studieren. Diese Kommission hat die Aufgabe, ein genaues Arbeitssystem vorzuschlagen, das mit den Möglichkeiten des Landes im Einklang steht, sowie einen praktischen Plan betreffend die Verwaltung der Finanzen und die Vorbereitung des zur Durchführung der Arbeiten nötigen Budgets auszuarbeiten.

Die Kommission soll einen unparteiischen Charakter tragen und sich aus Personen zusammensetzen, deren Urteil als autoritativ anzuerkennen sei; es sollen ihr die hervorragendsten Sachverständigen für Agrikultur, Industrie, Handel und Finanzen angehören.

Es wird erwartet, daß die Kommission eine längere Zeit in Palästina weilen wird, damit ihr Urteil auf einem gründlichen und sachverständigen Studium der Lage basieren könne; man hofft, daß ihre Urteile von allen als endgültig angenommen werden würden. Sobald der Bericht dieser Kommission vorliegen wird, soll an die formale Bildung der Jewish Agency geschritten werden.

Wir sind der Überzeugung, daß nur bei Befolgung dieser Methode die Jewish Agency zu einem wirksamen Mittel für den Aufbau der jüdischen Heimat in Palästina werden könne. Will man, daß das neue Unternehmen einen stetigen Wert behalten solle, so muß man den Prozeß der Anpassung, Zusammenfassung und der Gewinnung praktischer Erfahrungen mit in den Kauf nehmen. Dieses liegt im Interesse eines organischen Wachstums und einer stetigen Entwicklung. Wir glauben, daß durch diese Prozedur eine Vereinigung aller jüdischen Kräfte für den Aufbau Palästinas mit der Zeit praktische Wirklichkeit werden wird zum Segen des gesamten jüdischen Volkes.

Der Brief Dr. Weizmanns an Louis Marshall

Als ich in Amerika eintraf, erfuhr ich zu meinem Bedauern, daß diejenigen, die die Verantwortung für die Hilfe an die notleidenden Juden Europas im Wege der United Jewish Campaign

übernommen haben, über die Stellung gewisser Zionisten zu diesem großen humanitären Werk in Erregung geraten sind. Ich ergreife darum die Gelegenheit, um meine Stellung in dieser Sache darzulegen. Im Mai 1925 erhielt ich von David A. Brown, dem späteren Vorsitzenden der United Jewish Campaign, die telegraphische Einladung, mit ihm in Paris zusammenzukommen, um die geplante Campaign in Amerika zu besprechen. Herr Brown hatte eben Palästina und Rußland besucht. Wir haben uns in Paris sehr offenherzig ausgesprochen. Ich stimmte mit ihm vollkommen darin überein, daß die Not groß ist und die Hilfe bald zu erfolgen habe. Ich habe nur einige Zweifel in Bezug auf die in Rußland geplante Arbeit geäußert. Im Verlauf der ganzen Unterredung stimmten wir durchaus darin überein, daß die Arbeit in Palästina auf einem größeren Maßstab als bisher fortgeführt werden müsse, wobei gleichzeitig die Hilfsaktion im Interesse jener Juden die in ihren Wohnländern verbleiben, voll anzuerkennen sei. Wir waren uns beide klar darüber, daß die Juden Amerikas in der Lage sind, nicht allein die volle Verantwortung betreffs der Hilfe für die notleidenden Brüder in allen Teilen der Welt, sondern auch für den Aufbau Palästinas zu tragen.

Bedauerlicherweise aber traten in Amerika unerwartete Schwierigkeiten in Erscheinung. Die Träger der zionistischen Aktion glaubten, daß das Kolonisationswerk in Rußland dem Palästinawerk Konkurrenz bietet, sie hatten auch das Gefühl, daß eine umfangreiche Hilfskampagne in Amerika die zionistische Energie schwächen und die notwendige Geldaufbringung für Palästina beeinträchtigen würde, wobei sie von dem Bewußtsein durchdrungen waren, daß Palästina jetzt größere Mittel als je benötigt. Auf der andern Seite wandten die Führer der United Jewish Campaign des Joint erklärlicherweise ihre konzentrierte Aufmerksamkeit den Problemen Osteuropas zu, auf die dort herrschende akute Not hinweisend. Die Stellungnahme der zionistischen Führer wurde von ihnen deshalb als eine Störung ihrer Arbeit empfunden. Das Resultat war, daß die beiderseitigen großen Bewegungen Schaden gelitten haben. Wäre die Harmonie nicht gestört worden, dann hätten beide Aktionen weit größere Summen Geldes erhalten, als bis jetzt eingeflossen sind.

Das Joint Distribution Committee hat Zeit seines Bestehens aufrichtiges Interesse für Palästina bewiesen. In seiner Geschichte ist kein einziger Fall zu verzeichnen, wo die Notwendigkeiten Palästinas nicht anerkannt worden wären. Ich glaube, mich nicht zu irren, wenn ich sage, daß von den 62 Millionen Dollar, die von der United Jewish Campaign bis jetzt gesammelt wurden, mehr als 7 Millionen Dollar für Palästina verwendet worden sind. Ich weiß es, daß auch von den während der jetzigen Kampagne einfließenden Geldern einige Millionen Dollar in Palästina Verwendung finden sollen. Mag dies Geld nicht direkt dem zionistischen Budget zugeführt werden, so dient es doch dem Aufbau Palästinas.... Gewiß bestehen zwischen uns Meinungsverschiedenheiten. Es sind Menschen vorhanden, die bis jetzt noch keine Neigung zeigten, unsere Möglichkeiten und Hoffnungen betreffs Palästinas in Betracht zu ziehen. Doch achtete ich stets den Standpunkt dieser Leute und hoffte, daß noch eine Zeit kommen wird, da alle Juden dieses großen Landes — Zionisten und Nichtzionisten — an der Entwicklung Palästinas mitarbeiten werden. Ungeachtet dessen, daß wir Zionisten uns ganz dem Palästina-Aufbau widmen, wünsche ich, daß alle Zionisten es anerkennen sollen, daß jeder Jude seine eigene Meinung darüber haben kann, was dem Judentum not tut. Wir müssen uns bemühen, mit unseren nichtzionistischen Brüdern, die die Priorität Palästinas über das Hilfswerk in anderen Ländern nicht anerkennen, freundschaftlich zusammenarbeiten, mag es sich um eine zeitweilige oder um eine konstruktive Arbeit handeln.

Erlauben Sie mir, daß ich mich mit einer ernsten Bitte an alle die Tausende Männer und Frauen des großen Landes wende, die im Verlauf von mehr als zehn Jahren freiwillig die Verantwortung und die Last für die grauenvolle jüdische Lage in Osteuropa im Kriege und nach dem Kriege getragen haben: Mögen sie alle die Mißstimmungen vergessen und daran denken, daß wir Juden durch ein historisches Band und durch Verantwortung für unsere Zukunft aneinander gebunden sind. Der Friede tut uns dringend not, der Friede zwischen allen Kräften des amerikanischen Judentums, damit wir jene Einigkeit erreichen, die allein in dem höchsten Interesse des gesamten jüdischen Volkes hier wie überall gelegen ist.

Zum Jewish-Agency-Abkommen

Der mit großer Spannung erwartete genaue Wortlaut des Abkommens, das zwischen der Zionistischen Organisation und der von Louis Marshall geführten Gruppe amerikanischer Juden am 17. Januar in Neuyork abgeschlossen wurde, liegt nunmehr vor. Was man bisher schon vermuten durfte, bestätigt sich: es ist Prof. Weizmann gelungen, einen schönen Erfolg zu erringen, die Palästinasache einen großen Schritt vorwärts zu bringen.

Die bisher auf verschiedenen Konferenzen (17. Febr. 1924, 1. Mai 1925) mit dieser Gruppe getroffenen Vereinbarungen hatten sich im wesentlichen darauf beschränkt, die mit der Bildung der Jewish Agency zusammenhängenden Fragen der Zusammensetzung der Agency, ihrer Institutionen, der Rechte ihrer Mitglieder zu regeln. Das neue Abkommen übernimmt alle diesbezüglichen Ergebnisse, es bemüht sich aber auch die von der Jewish Agency zu lösenden Aufgaben wenigstens zu skizzieren. In der Einsicht, daß eine erschöpfende programmatische Festlegung dieser Aufgaben ohne gründliche Kenntnis und Berücksichtigung aller in Frage kommenden palästinischen Verhältnisse und Faktoren nicht möglich ist, sieht das Abkommen die sofortige Einsetzung einer unparteiischen Studienkommission vor, die die Lage in Palästina zu untersuchen und einen Plan für den weiteren Aufbau vorzulegen hat. Sobald der Bericht dieser Kommission vorliegt, was wahrscheinlich gegen Ende August der Fall sein wird, soll auch die formale Bildung der erweiterten Jewish Agency vorgenommen werden. Nach der mündlichen Erläuterung Weizmanns ist der Sinn der Einsetzung dieser Kommission nicht der zu untersuchen, ob Palästina aufgebaut werden soll; diese Frage ist längst bejaht; es handelt sich dabei nur um das Wie und das Tempo der weiteren Arbeit.

Der Abschluß dieses Abkommens, besonders aber die Umstände, die sein Zustandekommen ermöglichten, die in seinem Briefwechsel mit Louis Marshall von Weizmann für die Zionistische Organisation ausgesprochene Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit auch mit Juden, die nicht den Vorrang Palästinas anerkennen, hat vor allem im Lager der Zionisten-Revisionisten, heftige Gegner gefunden. Man wirft Weizmann vor, daß er um des Geldes einiger reicher amerikanischer Juden willen, das ihm zudem nur in Aussicht gestellt worden sei, der Marshall-Gruppe viel zu weit entgegengekommen sei, daß er den nationalen Charakter des Palästinaaufbaus durch die jetzt den Nichtzionisten gegebene Möglichkeit der Einflußnahme gefährdet habe.

Gewiß wäre es besser, wenn die Zionisten allein imstande wären, den Palästinaaufbau in der notwendigen Weise zu beschleunigen. Das ist aber nun einmal nicht der Fall und deshalb ist es nötig, sich die Unterstützung und Mitarbeit der Nichtzionisten — das sind eben Juden, die den Vorrang Palästinas im jüdischen Leben nicht anerkennen — zu sichern. Prestigegründe dürfen in dieser Situation keine Rolle spielen, es kommt nur darauf an, daß durch Konzessionen beider verhandelnder Parteien die allen wichtige Sache gefördert werden kann. Und nichts anderes ist geschehen; Weizmann hat niemals den nationalen Charakter des Palästinaaufbaus verleugnet und den Anspruch darauf aufgegeben.

Das Abkommen wird sich zeitlich in Palästina nicht unmittelbar auswirken können; es liegt in der Natur der Angelegenheit, daß noch geraume Zeit verstreichen muß, bis sich seine Folgen zeigen werden. Das muß gesagt werden, damit nicht Ungeduld auf seiten der Zionisten Erfolge von vornherein in Frage stellt. Anderseits aber muß man zugestehen, daß eine gewiße Skepsis berechtigt ist: haben sich doch die Verhandlungen über die Erweiterung der Jewish Agency nun schon über drei Jahre hingezogen, ohne daß sie bisher zu positiven Ergebnissen in Palästina geführt hätten. Man darf jedoch nicht vergessen, daß von den Nichtzionisten außerordentlich viel verlangt wird: sie sollen sich zur dauernden Beteiligung an einer Sache verpflichten, an der sie zwar ein bestimmtes allgemeines Interesse nehmen, die sie aber noch nicht als ihre spezielle Aufgabe empfinden. Weizmanns Ziel mußte und muß es deshalb sein, dieses gegebene allgemeine Interesse so zu intensivieren, daß die Nichtzionisten ihre Reserve aufgeben. Wenn sie erst einmal aktiv mitarbeiten, dann werden sie von der Größe des Werks — darauf darf man fest vertrauen — so ergriffen werden, daß sich aus der mechanischen und zweckbetonten Vereinigung verschiedener Richtungen eine organische, dem Ziele der nationalen Wiedergeburt entsprechende Kooperation ergeben wird.

Weizmann betonte in seiner Aussprache im Mekkatempel, daß in den nächsten 15 Jahren über das Los des jüdischen Palästina entschieden wird; schon die nächsten Monate werden zeigen, ob diese Tatsache in ihrer ganzen Tragweite vom jüdischen Amerika verstanden worden ist. J. E.

Die Ratstagung des Preußischen Landesverbandes

Berlin, 6. Februar. (JTA.) Von der Presseabteilung des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden wird über die letzte Ratstagung der folgende Bericht ausgegeben:

In voriger Woche fanden unter dem Vorsitz des Präsidenten des Rates, Herrn Kammergerichtsrat Wolff, die Sitzungen des Engeren und des Großen Rates des Preußischen Landesverbandes statt. Sämtliche Angelegenheiten, die auf der Tagesordnung standen, wurden durchberaten.

Es wurde festgesetzt, den nächsten Verbandstag zum 27. März d. J. einzuberufen. Die wichtigste Aufgabe dieser Tagung dürfte die Besprechung des neuen Entwurfs für ein preußisches Judengesetz sein; Herr Justizrat Makower erstattete über den bisherigen Stand der Kommissionsarbeiten Bericht.

In bezug auf die Reichsorganisation der deutschen Juden wurde von endgültigen Beschlüssen abgesehen, jedoch in Aussicht genommen, den Versuch zu machen, gemeinsam mit dem Deutsch-Israelitischen Gemeindebund einen Weg zu suchen, um die Gründung des Reichsverbandes unter Heranziehung aller Landesverbände in die Wege zu leiten.

Herr Direktor Kareski berichtete über den Etat für 1927/28; dieser wurde einer Unterkommission zur weiteren Beratung überwiesen, der etwaige Anregungen und Anträge unmittelbar zugeleitet werden sollen. Es wurde davon abgesehen, die von der Jüdischen Gemeinde Berlin der Gesolei-Ausstellung in Düsseldorf gewährte Beihilfe von M. 5000.— auf den Landesverband zu übernehmen, dagegen wurde dem Antrage Dr. Seligmann, M. 1500.— für die Herstellung des liberalen Einheitsgebetbuches zu bewilligen, stattgegeben. Den vom Verbandstag beschlossenen Streichungen hinsichtlich der Etatsbeschlüsse 1926/27 wurde zugestimmt; bezüglich der Neu- bzw. Mehreinstellungen in den Etat soll zunächst die Subventions-Kommission gehört werden.

Die Subventions-Kommission des Landesverbandes, die schon viel Arbeit geleistet hat und die um ein Mitglied vermehrt werden soll, wurde beauftragt, fortan die Verteilung von Pensionen und Beihilfen für Lehrer und Kultusbeamte nach einer einheitlichen systematischen Regelung vorzunehmen; sie wird demnächst die Grundsätze ausarbeiten und dem Rate vorlegen. Auch dem Rechtsausschuß wurden neue Aufgaben überwiesen; er wird sich in seinen nächsten Sitzungen neben dem Entwurf einer neuen Wahlordnung für den Verbandstag mit einer Gesamtrevision der Verfassung des Landesverbandes zu beschäftigen haben. Mit bezug auf den Antrag des letzten Verbandstages, den jüdischen Altertümern in Deutschland gebührenden Schutz angedeihen zu lassen, wurde beschlossen, eine mit einem Betrage von M. 3000.— dotierte Kommission aus Vertretern der Provinz und drei in Berlin ansässigen Herren zu bilden, die u. a. prüfen werden, inwieweit eine Ergänzung der gesetzlichen Bestimmung im Hinblick auf jüdische Interessen geboten erscheint.

Über die Bildung von Lehrer- und Rabbinerbezirken fanden eingehende Beratungen statt; sie endeten in den Beschlüssen, sowohl Kurse für die Ausbildung von Hilfskantoren zu veranstalten und im Etat die nötigen Mittel bereitzusellen, als auch einen Aufruf an die Gemeinden und die Religionslehrer zu erlassen, die dafür wirken sollen, daß sich für die Kantorenfunktionen ehrenamtlich geeignete Privatpersonen zur Verfügung stellen. Eine Schule für Schächter — vorläufig in Berlin — wird der Landesverband errichten. Auch die wichtige Angelgenheit der Taufen, Austritte und Mischehen kam zur Sprache; man wird eine Konferenz aller jüdischen Organisationen einberufen, die hierzu Stellung nehmen wird. Vorher gesammeltes statistisches Material wird ihre Arbeiten unterstüzen.

Es ist zu hoffen, daß die gesamte Tätigkeit des Landesverbandes noch wirksamer sein wird, wenn er als eine Körperschaft des öffentlichen Rechts durch Verwaltungsakt anerkannt ist, was beim Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beantragt werden wird.

Das deutsche Pro-Palästina-Komitee und seine jüdischen Gegner

Das Präsidium des Deutschen Komitees Pro Palästina hat am 7. Februar, mittags 1 Uhr, im Hotel Kaiserhof, seine konstituierende Sitzung abgehalten. Zum Vorsitzenden wurde Graf Bernstorff gewählt. Dem Präsidium gehören ferner an: Rabbiner Dr. Leo Baeck, Professor D. Dr. I. V. Bredt, M.d.R., Dr. R. Breitscheid, M.d.R., Kurt Blumenfeld, Professor D. Dr. H. Greßmann, Professor Dr. O. Hoetzsch, M.d.R., Domkapitular Prälat Professor Dr. Kaas, M.d.R., Dr. von Kardorff, M.d.R., Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt, Leg.-Rat Professor Dr. M. Sobernheim, Kom.-Rat Konsul Dr. W. Sobernheim, Frau Katharina v. Oheimb, Karl Glaser.

Das Präsidium beschäftigte sich u. a. mit den Angriffen, die von einer jüdischen Gruppe gegen

das Komitee erfolgt sind, und beschloß folgende Erklärung:

„Das Deutsche Komitee Pro Palästina hat die Überzeugung, daß der Aufbau der im Palästinamandat vorgesehenen vom Völkerbund garantierten Heimstätte für das jüdische Volk aus politischen und wirtschaftlichen Erwägungen und als ein Werk menschlicher Wohlfahrt und Gesittung Anspruch auf die deutschen Sympathien und die tätige Anteilnahme der deutschen Juden hat.

Das Deutsche Komitee Pro Palästina tritt für ein jüdisches Werk und eine mit diesem Werk verbundene Betätigung ein, lehnt es aber selbstverständlich ab, im innerjüdischen Kampf gegen jüdische Richtungen Stellung zu nehmen. Es vermag anderseits nicht einzusehen, welches Interesse eine jüdische Gruppe daran haben kann, die Mitglieder des Deutschen Komitees Pro Palästina zu einer Stellungnahme in innerjüdischen Fragen zu veranlassen.

Die Annahme, daß die Mitglieder des Deutschen Komitees Pro Palästina über die mit dem Aufgabenkreis zusammenhängenden grundsätzlichen Fragen nicht ausreichend informiert worden sind, entbehrt jeder Grundlage.

Die Mitarbeit am jüdischen Palästinawerk ist in keiner Weise geeignet, die Stellung der Juden im deutschen Staats- und Volksleben zu beeinträchtigen. Das in Palästina unternommene Werk trägt entscheidend dazu bei, die Stellung der Judenheit in der Welt günstig zu beeinflussen."

Die Gefahr des Schächtverbots

München, 4. Februar. Im Plenum des Landtags stand am Freitag zur Beratung der Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Buttmann (Nationalsozialist) und Genossen. Der Antrag verlangt, daß der Beschluß des Landtages vom 8. Juli 1926 betreffend Betäubungszwang für das Schlachtvieh alsbald durchzuführen und ein entsprechender Gesetzentwurf ohne weitere Verzögerung dem Landtag vorzulegen ist.

Im Ausschuß war dieser Antrag Buttmann abgelehnt und dafür ein Antrag Dr. Scharnagl (Bayer. Volkspartei) angenommen worden, wonach „die Staatsregierung ersucht wird, in Ausführung des Landtagsbeschlusses vom 8. Juli 1926 den dort geforderten Gesetzentwurf vorzulegen, sobald die zur Zeit im Gange befindlichen Versuche über eine den rituellen Vorschriften entsprechende Betäubung zum Abschlusse gekommen sind. Sie soll auf möglichst baldigen Abschluß dieser Versuche hinwirken".

Die Abstimmung im Plenum ergab Ablehnung sowohl des Antrages Dr. Buttmann wie des Antrages Dr. Scharnagl. Für den letzteren stimmten nur die Bayerische Volkspartei und die Demokraten. Damit bleibt es bei dem Beschluß des Landtags vom 8. Juli 1926, der die Regierung ersuchte, alsbald gesetzliche Anordnungen zu erlassen, wonach Rinder usw., die geschlachtet werden, vor Beginn der Blutentziehung zu betäuben sind, und durch gesetzliche Anordnung sicherzustellen, daß überall dort, wo es möglich erscheint, die Betäubung des Schlachtviehes statt durch freien Kopfschlag durch mechanisch wirkende Geräte (Schußbolzen usw.) erfolgt, die geeignet sind, die Betäubung oder den sofortigen Tod des Tieres herbeizuführen.

Eine Eingabe des Münchener Tierschutzvereins um Beschleunigung des Gesetzes über Betäubung der Schlachttiere wurde für erledigt erklärt.

Damit ist also auch die geringe Besserung, die der Antrag Scharnagl zu bringen schien, wieder rückgängig gemacht, und zwar hauptsächlich infolge der unverständlichen Haltung der Sozialdemokraten. Die weitere Entwicklung der Angelegenheit hängt nun ganz von der Regierung ab, die jetzt verpflichtet ist, alsbald einen dem Landtagsbeschluß vom 8. Juli 1926 entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen.

Emanuel Kirschner

zu seinem 70. Geburtstag am 15. Februar

Wer ist Emanuel Kirschner? Törichte Frage! Kantor und Religionslehrer in München, der seit viereinhalb Jahrzehnten als Beamter gewissenhaft und zur Zufriedenheit der Gemeinde seine Pflichten erfüllt. — So mag die Antwort derer lauten, die Kirschner als „Beamten" werten. Wäre er nicht mehr, so würde man heute seiner nicht in ganz Deutschland und weit darüber hinaus ehrenvoll gedenken. Es ist eine bekannte Erfahrung, daß große Männer oft nur dann voll und ganz gewürdigt werden, wenn man sich in zeitlicher, oder wenigstens räumlicher Distanz von ihnen befindet. Unter letzterem verstehe ich, daß man von außen, d. h. andernorts auf sie hinweist und ihr Ruf gleichsam verstärkt zum Ausgangspunkt zurückströmt. Kirschner kann es indes mit Befriedigung erfüllen, daß auch an seiner Wirkungsstätte eine Anzahl von Menschen Einblick in sein Wollen und Streben, in sein Können und seine Leistungen gewonnen haben. Schon seine Auffassung von dem heiligen Berufe eines Sch'liach zibbur ist eine solch ideale, daß sie verdient, besonders betont zu werden. Kirschners Leben bedeutet die restlose Hingabe und das völlige Aufgehen in seinem Berufe, zu dem er wie selten einer prädestiniert erscheint. Es ist ihm nicht darum zu tun, den Zuhörern künstlerische Leistungen zu bieten, sondern er offenbart sein eigenes Inneres, sein unmittelbares Erleben, wenn er an der Spitze der Gemeinde singend betet und die Herzen bewegt, erbaut und begeistert. Die wundervolle Harmonie des Menschlichen und des Künstlerischen ist es, die das uneingeschränkte Vertrauen zu diesem Sch'liach zibbur, dem würdigen Priester, hervorbringt. Es ist nicht verwunderlich, daß ein so gearteter Mann sein Können in den Dienst der Allgemeinheit stellt und durch Herausgabe eines großen vierbändigen Werkes „T'hillos l'el eljon" den Gemeinden Gesänge widmet, die von edlem altjüdischen Empfinden durchglüht sind. In einer Zeit, da die Komposition von Gesängen in traditionellem Geiste im Begriffe ist zu schwinden und das Eindringen profaner Effektmusik einen von früheren Meistern des Chasonuß geschaffenen Bau zu erschüttern droht, tritt Kirschner auf den Plan mit seiner epochemachenden Schöpfung, die als Einleitung einer neuen Aera der synagogalen Komposition angesprochen werden darf. Seine Devise lautet: zurück zur Tradition. Die Merkmale seiner Musik lassen sich im Wesentlichen folgendermaßen umschreiben: Komposition von Chören unter Zugrundelegung von Motiven des traditionellen Synagogengesanges; Wahrung der Stilreinheit des Chasonuß; künstlerische Bearbeitung der altjüdischen Gesänge bei vielfach selbständiger Behandlung der Instrumentalbegleitung im Stile der Gesangstimme. Mit seinem richtunggebenden Werke tritt Kirschner als berühmtester Synagogenkomponist der Gegenwart in die Reihe der ersten Kulturträger des deutschen Judentums.

Auch in seinen in Wort und Schrift geleisteten wissenschaftlichen Arbeiten, die der Erforschung des synagogalen Gesanges dienen, ist Kirschner als maßgebende Fachgröße anerkannt.

Die musikalische Ausgestaltung des Gottesdienstes in der Münchener Hauptsynagoge, die in bezug auf Auswahl und Reichhaltigkeit des musikalischen Programms den deutschen Gemeinden als Vorbild dienen kann, ist in der Hauptsache und in ihrer jetzigen Form Kirschners verdienstvolles Werk. Als treuer Schützer des Minhag liegt ihm am Herzen, daß der traditionelle Charakter des Gottesdienstes unverändert erhalten bleibt.

Mit dankbarem Stolz darf heute die Münchener Gemeinde auf diese Persönlichkeit blicken, die nicht „Beamter", sondern ihr Führer und Lehrer, Priester und Künstler, Meister und Repräsentant ist und so Gott will noch recht lange bleiben möge.

Dankbar schauen heute Generationen von Schülern und Schülerinnen zu ihrem Lehrer auf, der, ein Freund der Jugend, sich ihre Liebe und Anhänglichkeit erworben hat.

Dankbar beglückwünschen ihn seine Kollegen, denen er ein treuer und unentbehrlicher Mitarbeiter und Berater ist.

Dankbar sind ihm vor allem die große Schar derer, die ihn als Wohltäter, Förderer ihrer Bestrebungen, als Unterstützer und Retter in der Not lieben und verehren! A. Müller.

Aus der jüdischen Welt

Keine Neuwahlen zur Berliner Gemeinde-Repräsentanz

Die Liberalen haben bekanntlich gegen die letzten Wahlen zur Berliner Gemeinde-Repräsentanz, in denen sie ihre bis dahin besessene Majorität zugunsten der Volkspartei und der Orthodoxen verloren haben, Einspruch erhoben und Ausschreibung von Neuwahlen gefordert. Als Grund zur Ungültigkeitserklärung wurden angebliche Verstöße gegen die Wahlordnung angegeben. Der Polizeipräsident von Berlin entschied nun durch ein Schreiben an den Vorstand der jüdischen Gemeinde vom 1. Februar, daß Neuwahlen nicht auszuschreiben seien. Wohl stellte er eine Reihe von Verstößen formaler Natur fest, die jedoch eine geringe Bedeutung haben und ordnet eine geringfügige Korrektur der Wahlen an. Diese Korrektur wird jedoch am bisherigen Ergebnis der Wahlen kaum etwas ändern, so daß die von den Liberalen erhoffte Verschiebung der Ergebnisse zu ihren Gunsten nichts zu erwarten ist. Der Umstand, daß die Berliner jüdische Gemeinde beinahe die Hälfte der deutschen Judenheit umfaßt, verleiht der Tatsache, daß sie nicht mehr von einer liberalen Mehrheit regiert wird, wesentliche Bedeutung.

Tagung des Minderheitenausschusses in Dresden

Berlin, 6. Februar. (JTA.) Am 1. und 2. Februar hat in Dresden der im vergangenen August vom Minderheitenkongreß in Genf gewählte Ausschuß getagt und wichtige Schritte zur Organisierung der Minderheitenzentrale sowie zur Vorbereitung des nächsten Kongresses getroffen. Anwesend waren die Vertreter der Deutschen, Juden, Polen, Ungarn und Katalonier. Der Präsident des Ausschusses, der bekannte Minderheitenführer Dr. Wilfan, Triest, der bei allen nationalen Minderheiten in gleicher Weise ob seiner Objektivität und Hingabe großes Vertrauen und Autorität genießt, hat aus äußeren Gründen dieser Tagung nicht beiwohnen können.

Auf Antrag des jüdischen Vertreters wurde sodann zum Vorsitzenden dieser Tagung Dr. Schiemann, Riga, gewählt. Die Sitzung hat bereits ein reichhaltiges Programm für den nächsten Kongreß der Minderheiten, der voraussichtlich Ende August in Genf tagen wird, ausgearbeitet, wobei insbesondere folgende Probleme behandelt werden sollen: Wirtschaftsfragen, Sprachenfragen, eine theoretische Begründung für das staatliche Zusammenleben vom Mehrheitsvolk und nationalen Minderheiten, die Frage der Schiedsgerichte zwischen Mehrheitsvolk und Minderheiten u. a. m. Auch das Problem der Staatenlosen soll auf die Tagesordnung kommen.

Jüdischerseits nahm das Präsidialmitglied, Herr Leo Motzkin (für die nationalen Minderheiten aus Ost- und Südosteuropa), an den Verhandlungen teil. Das Büro der Minderheiten soll unter Leitung des Dr. Ammende von Mitte Februar an in Wien seinen Sitz nehmen.

Hauptversammlung der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums

Berlin, 6. Februar. (JTA.) Die Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums, E. V., hält ihre diesjährige Hauptversammlung am Mittwoch, dem 23. Februar 1927, abends 8 Uhr, im Brüderverein, Berlin W 62, Kurfürstenstraße 115/116, ab. Es ist gelungen, Herrn Rabbiner Dr. Kober, Köln a. Rh., als Redner zu gewinnen. Er wird über das Thema „Von den ältesten jüdischen Grabstätten in Deutschland, ihrer archäologischen und geschichtlichen Bedeutung (mit Lichtbildern) sprechen.

Der Maler Oskar Haberer 60 Jahre alt

Berlin, 3. Februar. (JTA.) Am 16. Februar d. J. wird der bekannte jüdische Maler Oskar Haberer 60 Jahre alt. Haberer ist der Maler des Badischen Schwarzwalds. Er ging aus der Karlsruher Kunstgewerbeschule hervor und war einer der besten Schüler von Professor Goetz. Neben anderen großen Auszeichnugen und Diplomen erhielt er im Jahre 1909 den Grand Prix der Vereinigten Staaten und 1910 in Brüssel die Goldene Medaille. Er hielt sich vor dem Kriege lange Zeit im Auslande auf und war einer der talentvollsten Werber für deutsche Kunst. Führende ausländische Kunstzeitschriften brachten begeisterte Artikel über die Werke des badischen Künstlers. Haberer kehrte kurz vor Ausbruch des Krieges nach Deutschland zurück und lebt nun in Berlin seiner Kunst. Von Haberer mit Intarsien verzierte jüdische Kultusgegenstände sind vielfach in Privatbesitz, einige seiner besten Zeichnungen jüdischer Typen und Skizzen aus dem jüdischen Familienleben befinden sich in der Kunstsammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde in der Oranienburger Straße.

Anläßlich des 60. Geburtstages von Oskar Haberer findet am 20. Februar in Berlin in Caspers Kunstsalon eine Kollektivausstellung der zur Zeit verfügbaren Ölgemälde und Intarsien statt; die Ausstellung gibt einen Überblick über das Gesamtschaffen des Malers.

Neue Studentenkrawalle an der Wiener Universität

Wien, 4. Februar (JTA.) Nachdem schon gestern schwere Zusammenstöße zwischen deutschnationalen und sozialistischen Studenten im Universitätsgebäude und auf der Ringstraße stattgefunden haben, die in blutige Keilereien ausarteten, nahmen heute die Zusammenstöße eine gefährliche Form an. Auf Seiten der Hakenkreuzler trugen die Kundgebungen einen direkt antisemitischen Charakter. Die Hakenkreuzler demonstrierten gegen den sozialdemokratischen Professor Tandler. Bei Einschreiten der Universitätsbehörden konnte Tandler seine Vorlesung abhalten. Dann aber drangen 200 deutschnationale Studierende, die dem anatomischen Institut nicht angehören, in die Hörsäle ein und forderten die jüdischen und die sozialistischen Studenten zum Verlassen der Hörsäle auf. Trotz der Bemühungen der Dekane gelang es nicht, eine blutige Schlägerei zu verhindern. Zwei Studierende wurden verletzt. Erst als die sozialistischen und jüdischen Studenten die Hörsäle verließen, trat Ruhe ein. Die deutschnationalen Studenten zogen in geschlossenem Zuge zur Universitätsrampe. Auf dem Wege dorthin kam es wiederholt zu Zusammenstößen.

Zusammenschluß der hebräischen Kulturorganisationen

Warschau, 6. Februar. (JTA.) Die hebräischen Kultur- und Erziehungsorganisationen „Tar-

buth" in Polen, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen, Deutschland, Tschechoslowakei usw. planen eine Zusammenfassung ihrer Tätigkeit. Demnächst wird in Danzig eine Tarbuth-Konferenz abgehalten werden, zu der die Länderorganisationen Vertreter absenden werden.

Die Wahlen zum amerikanisch-jüdischen Kongreß im Gange

Neuyork, 1. Februar. (JTA.) In den Städten Amerikas werden gegenwärtig die Wahlen von Delegierten zu dem am 20. und 21. Februar stattfindenden amerikanisch-jüdischen Kongreß durchgeführt. Der Kongreß wird in Washington abgehalten werden; dessen Beratungen sind wichtigen amerikanisch-jüdischen und weltjüdischen Fragen gewidmet. Die Lage der Juden in Rumänien und in den anderen osteuropäischen Ländern wird ebenfalls zur Beratung stehen.

Die Keren-Hajessod-Einnahmen im Dezember

Jerusalem, 28. Januar. (JTA.) Nach einer Mitteilung des Hauptbüros des Keren Hajessod sind im Verlauf des Monats Dezember £ 48 409 an Spenden eingeflossen. Zu dieser Summe steuerten bei: Vereinigte Staaten 24 461, Südafrika 10 147, Deutschland 3031, Kanada 2840, Rumänien 1750, Polen 1258, Tschechoslowakei 993, Holland 441, Österreich 403. Die Gesamteinnahmen des Keren Hajessod bis 31. Dezember 1926 belaufen sich auf £ 2 720 961.4.10.

Der neue oberste Richter Palästinas

London, 3. Februar. (JTA.) Amtlich wird mitgeteilt, daß zum Obersten Richter Palästinas Herr Michael Francis Joseph Mc Donnel, bisher Barrister am Inner Temple-Gerichtshof, zum Oberrichter am Obersten Gerichtshof Palästinas ernannt worden ist. Herr McDonnel hat bisher in verschiedenen Teilen des britischen Reiches und der Dominions Dienste geleistet.

Oberkommissar Ponsot über das Aufbauwerk in Palästina

Jerusalem, 1. Februar. (JTA.) Der französische Oberkommissar für Syrien, Herr Ponsot, der gegenwärtig in Palästina weilt, hat in einem Gespräch mit dem Leiter der palästinisch-zionistischen Exekutive seiner Bewunderung über den Fortschritt des jüdischen Aufbauwerkes in Palästina Ausdruck gegeben. Er sagte, er werde in absehbarer Zeit ein zweites Mal nach Palästina kommen, um das gesamte jüdische Kolonisationswerk eingehend zu studieren.

Ein Gesandter Ibn Sauds in Jerusalem

Jerusalem, 1. Februar. (JTA.) Ibn Saud, der Sultan von Nejd und König von Hedjas, beschloß, einen ständigen Vertreter in Palästina zu unterhalten. Als seinen ersten Vertreter in Jerusalem entsandte er Soliman Mousheiko, der den Sultan Ibn Saud früher in Beirut vertreten hat.

Der Mittelstand in Palästina organisiert sich

Jerusalem, 1. Februar. (JTA.) In Tel-Awiw wurde eine neue Organisation begründet, die die Vertretung der Interessen der Angehörigen des Mittelstandes in Palästina zum Ziele hat. Im Programm der Organisation heißt es, daß jede Art Klassendiktatur bekämpft und daß den nationalen Interessen der Vorrang über die Klasseninteressen gewahr werden soll. An der Spitze der Organisation stehen die Herren Levontin, Shoshani und Izmoschik.

Eine Aufbaubank in Palästina

Jerusalem, 1. Februar. (JTA.) In Tel-Awiw hat der Stadtrat eine Kommission eingesetzt, die die Gründung einer Aufbaubank vorzubereiten hat. Das American Joint Distribution Committee verpflichtete sich, allmonatlich LE. 1000.— zwecks Gewährung konstruktiver Darlehen zuzuschießen. Die Bank wird Darlehen ausschließlich für Aufbauzwecke an Neu-Siedler und ältere Siedler gewähren.

Feuilleton

„David Leon Knobel Lünefeld“

In seinem soeben erschienenen Tagebuche „Zarenwillkür und roter Terror“ (Verlag der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“) teilt Dr. Ernst Serafim nachstehende Geschichte mit, die leider den Vorzug hat, nicht erdichtet zu sein.

Am 29. Dezember habe ich in mein Tagebuch folgendes sehr ergötzliches „Document humain“ aus der Zeitung „Sibir“ eingetragen: Eine Korrespondenz aus Narym im Tomskischen Gouvernement:

Der Jude David Lünefeld, der aus Galizien in den Narymschen Kreis ausgewiesen worden ist und zurzeit im Dorfe Tschigora der Posabelskischen Gemeinde lebte, sandte am 17. Dezember dem Minister des Innern folgendes Gesuch zu, das wir hier Wort für Wort folgen lassen.

„Ein halbes Jahrhundert zurück, bei meiner Ankunft in Rußland, hörte ich zufällig eine Anekdote von einem Strashnik (Feldgendarm) und einem Hasen, der versucht hatte, die Grenze zu überspringen. Als der Hase — so erzählt die Anekdote — von dem gestrengen Richter verhört wurde, erklärte er zu seiner Rechtfertigung, daß in Rußland ein Befehl angeordnet habe, alle Kamele müßten mit Hufeisen beschlagen werden. Er habe sich deshalb über die Grenze in Sicherheit bringen wollen.

‚Was heißt aber das‘ — sagte erstaunt der Strashnik — ‚Ihr seid doch, so weit ich sehen kann, ein Hase, aber kein Kamel!‘

‚Stimmt! Aber nichts destoweniger wird man zuerst beschlagen — nachher versuche zu beweisen, daß du kein Kamel bist!‘

Ich bitte mich sehr zu entschuldigen, Hohe Exzellenz, daß ich mir erlaubt habe, in meiner Bittschrift diese Anekdote anzuführen, aber da ich mich in der Haut jenes Hasen fühle, so kann ich mir sie nicht verkneifen.

In der Wohnung, die ich in der Stadt Stanislaw in Galizien bewohnte, wohnte vor mir ein gewisser Leon Knobel.

In der Nacht auf den 14. März 1915 erschienen in meinem Quartier Gendarmen und Polizei, um Leon Knobel zu arretieren, der kurz vorher mit den österreichischen Truppen das Weite gesucht hatte. Als sie Knobel somit nicht fanden, so arretierten sie mich an seiner Stelle und führten mich zum Kommandeur Gawinski.

Die aufs genaueste ausgeführte Besichtigung meines Quartiers hatte nicht das geringste belastende Resultat ergeben.

‚Wie heißt du?‘ — fragte der Kommandant.

‚David Lünefeld‘ — antwortete ich.

‚Nicht wahr, du heißt Leon Knobel‘ — erklärte der Kommandant und befahl mich einzusperren.

In Stanislaw wohne ich nun schon 30 Jahre, jedes Kind kennt mich, alle wissen, daß ich David Lünefeld bin, wissen, wer Leon Knobel ist, der mit den Österreichern sich geflüchtet hat.

Bei dem Appell im Gefängnis rief man immer Leon Knobel auf, aber ich gab dem Ruf keine Folge, denn, da ich nun mit Gottes Hilfe rund 49 Jahre auf dieser Welt als David Lünefeld gelebt habe, war ich nicht damit einverstanden, plötzlich per ordre de mufti in Leon Knobel verwandelt zu sein.

Als ich aber mich unterstand, gegen diese Verwandlung zu protestieren, sagte der Kommandant Gawinski:

‚Ach was, du mußt doch nach Rußland, dort ist gut leben.‘

Und so ging ich denn mit der Etappe und kam allmählich in den Narymschen Kreis des Tomskischen Gouvernements — ich war und blieb Leon Knobel, wobei, um diesen gesetzlosen Akt zu maskieren, man mich in den Papieren ‚David Leon Knobel Lünefeld‘ zu nennen beliebte.

Aus dem in meinen Händen befindlichen Eheschein können sich Ew. H. Exz. leicht überzeugen, daß ich und kein anderer David Lünefeld bin. Dieses offizielle Dokument, das mir am 4. September 1914, sub. Nr. 867, ausgereicht worden ist, ist ein Auszug aus den Stanislawschen Matrikbüchern Th. VI pag. 105. Meine Frau und sechs Kinder sind buchstäblich ohne einen Bissen Brot zu Hause geblieben.

Ich bitte daher Ew. H. Exz. alleruntertänigst, die unverzügliche — um nicht mehr zu sagen — Nachlässigkeit der russischen Amtspersonen in Galizien zu korrigieren und mich von der Verschickung zu befreien.“

Was mag wohl aus „David Leon Knobel Lünefeld“ geworden sein?!

Die Schrift

Von **„Die Schrift"**, zu verdeutschen unternommen von Martin **Buber** gemeinsam mit Franz **Rosenzweig**, erschien soeben der dritte Band: Das Buch **„Er rief"**. — Wir verweisen unsere Leser auf das Inserat der „Ewer"-Buchhandlung in dieser Nummer. Die Werke von Buber und Rosenzweig wird die „Ewer"-Buchhandlung an den Vortragsabenden am 12., 13., und 14. Februar im Herkules-Saal ausstellen.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Das Münchener Palästina-Amt teilt uns mit, daß der Lloyd Triestino in Anbetracht der kleinen Zahl der Palästinafahrer beschlossen hat, die direkte Palästina-Linie Triest-Jaffa, bzw. Haifa, mit dem 17. Februar 1927 bis auf weiteres einzustellen. Die letzte Abfahrt findet am 10. Februar d. J. statt; demzufolge sind alle vorgemerkten Plätze auf den Dampfern „Gianicolo", „Carniolia" und „Trento" als annulliert zu betrachten. Die Schiffe der ägyptischen Eillinie verkehren wie bisher.

Es sind mit dem Lloyd Triestino Verhandlungen im Gange, damit auf den neuen Fahrplänen der anderen Lloyd-Linien die Bedürfnisse unserer Emigration berücksichtigt werden.

In München hat sich im letzten Monat ein Verein jüdischer Ingenieure gebildet, der es sich zur Aufgabe macht, die jüdischen Ingenieure zu organisieren, sowie durch Vorträge und Führungen zu ihrer technischen Fortbildung beizutragen. Die demnächst einzuberufende Generalversammlung wird die Statuten festsetzen und über das Arbeitsprogramm beschließen. Die provisorische Geschäftsführung ist Herrn Diplomingenieur Leopold Berger, Karlstr. 65/III, übertragen worden. Interessenten werden gebeten sich an diese Adresse zu wenden.

Zionistischer Jugendverein Fürth. Am Montag, den 14. Februar, abends um 8.15 Uhr, spricht Fritz Fraenkel, Nürnberg, über das Thema „Die jüdischen Jugendbewegungen in Deutschland". Gäste sind herzlich willkommen.

Die Vorstandschaft.

Jüdischer Jugendverein, München. Unsere Mitglieder werden auf die Vortragsabende von Martin Buber aufmerksam gemacht und gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Der „Literaturabend" am Montag, den 14. Februar, fällt aus und findet erst am Montag, den 21. Februar, statt. Thema: Jak. Wassermann, Laudin und die Seinen.

Das ausführliche Arbeitsprogramm geht unseren Mitgliedern nächstens zu.

Die Vorstandschaft d. J. J. V.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez, München. Unsere Mitglieder treffen sich am Sonntag auf dem Ball des Frauenvereins.

Die Vorstandschaft.

Schachklub „Lasker", München. Nächsten Montag, den 14. Februar 1927, wird die zwölfte Turnierrunde gespielt. Die Mitglieder werden ersucht, die angesetzten Partien genau einzuhalten und die eventl. noch rückständigen raschestens nachzuspielen. Beginn: Pünktlich 8 Uhr abends. Spiellokal: Restaurant Herzog-Heinrich, Ecke Landwehr- und Mathildenstraße. Gäste herzlich willkommen.

Die Turnierleitung.

Nürnberger Spendenausweis vom 4. Februar 1927

Einzelne Büchsen: Mosbacher M. 4.50, Zuckermann 6.50, Hirschbruch 5.50, Fritz Fraenkel 4.18.

Wertzeichen: 1 Telegramm für Dr. Liebstädter M. —.50.

Jubiläumsaktion: Durch Fritz Fraenkel (Dr. A. Zimmer, J. Sander, J. Grünbaum, I. Baruch je M. 5.—) = M. 20.—.

Durch Dr. Ludwig Mayer (Frau Dr. Hopf, Gustav Lindenstein, Moriz Reiz, Otto Schwarz, Siegfried Kaufmann, Dr. Ludwig Mayer je M. 5.—) = M. 30.—. Summe: M. 71.18.

Seit 1. Oktober 1926 aufgebracht M. 12 950.04.

Gemütliche Abende

im Mädchenklub, Antonienstraße 7

Montag: Geselliger Abend / Dienstag: Turnabend
Donnerstag: Nähen / Es ist Gelegenheit geboten, Englisch zu lernen.

Schwesternbund d. München-Loge / Ver. Isr. Jugendhilfe e.V.

Anmeldungen erbeten an Frau Studienrat Schaalmann, Tengstr. 37

Die Jüdische Berufsberatung und Stellenvermittlung

München, Herzog-Max-Str. 7/o, Tel. 55283

ersucht um Meldung v. **Lehrstellen** für die Ostern 1927 zur Entlassung kommenden Knaben u. Mädchen

Café Teichlein

Ludwigstraße 4 / Telephon 24651

Vornehmstes Tages-Café ohne Konzert

Erstklassige Getränke, Gebäck aus eigener Konditorei

Möbel- u. Raumkunst Rosipalhaus

Münchner Ausstattungshaus für Wohnbedarf Rosenstr. 3

Frei zugängliche Ausstellung „**Das behagliche Heim**"

ALB. DIEDERICH

München · Türkenstrasse 60 · Telefon 22261

Werkstätte
für Polster-Möbel

Tapezierer und Dekorateur

Kauft bei den Inserenten des „Jüdischen Echos"

MAX WITTKOP

Spezialgeschäft feiner Fleischwaren

Rathaus / Weinstraße
München

Die bekannten Zimmermann-Spezialitäten
Hervorragende Qualität
Billigste Berechnung
Individuelle Bedienung!



Private

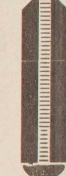
Münchner Kraftfahr-Kurse

München, Leopoldstraße 15 · Tel. 34569

Leitung: Dipl.-Ing. W. Pusch

Sorgfältigste Ausbildung

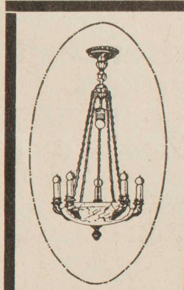
MAN VERLANGE PROSPEKT



K. Brummer, München

Herzog Rudolfstrasse 6/o (an der Maximilianstr.)
Haltestelle der Linie 12 und 4 * Telefon Nr. 21149

Werkstätte für feine Damenschneiderei Kostüme, Mäntel, Kleider



Münch. Beleuchtungs-Geschäft Hans Scheckenbach

Theatinerstr. 40, Fernspr. 24168

Spezialhaus I. Ranges

Beleuchtungskörper für elektrisches Licht, Heiz- u. Kochapparate, Staubsauger, Bügeleisen, Radio



Reichhaltiges Pelzwarenlager / Neuanfertigung / Umarbeitung

PELZE

MARTIN MÜLLER, Kürschnermeister

Bitte, sich bei Einkauf auf dieses Inserat berufen zu wollen.

München, Klenzestraße 5 (Trambahn-Haltestelle Reichenbachplatz oder Isartorplatz)



Ein Paradiesbett!

Oh, welch ein Genuß, am Morgen prächtig ausgeschlafen zu haben, denn es gibt kein anderes Bett, in dem man besser schlafen kann.
Es wird ununterbrochen wohltätig gelüftet, bleibt frisch, rein und sauber.

***Nur** München, Kaufingerstrasse, Ecke Färbergraben*

Paradiesbettenfabrik
M. STEINER & SOHN A.-G.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. J. Seide, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog-Max-Straße 4, München.